

Antrag

Hannover, den 27.10.2023

Fraktion der CDU

Klimaschutz durch Moorbodenschutz: Daten- und Wissenslücken jetzt schließen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In der aktuellen Klimaschutzdebatte erfährt der Moorbodenschutz große Aufmerksamkeit. Dies ist nicht überraschend, denn durch die Entwässerung von deutschlandweit rund 95 % der Moorböden sind diese zu einer bedeutenden Quelle von Treibhausgasen geworden.

In der gesellschaftlichen Debatte werden zum Teil sehr weitreichende Maßnahmen zur Verminderung der Treibhausgasemissionen aus Moorböden gefordert, so beispielsweise eine teilweise oder vollständige Wiedervernässung. Ob, inwieweit und mit welchen Folgen derartig weitreichende Maßnahmen in den niedersächsischen Moorregionen umgesetzt werden können, ist jedoch weitgehend unklar, da es an der erforderlichen Daten- und Wissensgrundlage fehlt:

- Es ist nicht bekannt, auf welchen Flächen in Niedersachsen aufgrund vorangegangener Maßnahmen zur Moorkultivierung, z. B. Tiefpflügen oder Baggerkühlungen, sowie der derzeitigen Wasserverfügbarkeit welche Maßnahmen zum Moorbodenschutz umsetzbar sind.
- Die Vereinbarkeit von Maßnahmen zum Moorbodenschutz mit der Siedlungsstruktur (Fehnsiedlungen, Findorff-Dörfer) ist noch nicht untersucht worden, aus Sicht der dort lebenden Menschen jedoch von fundamentaler Bedeutung.
- Zu den ökonomischen Folgen von Wiedervernässungen in den Moorregionen gibt es bislang kaum Forschung. Dabei weist eine Arbeit des Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen e. V. auf fundamentale wirtschaftliche Folgen für die niedersächsische Milchwirtschaft hin. Weitere Betriebszweige der Landwirtschaft wurden bislang noch nicht untersucht und sollten auch angeschaut werden.
- Biolandbau wächst überproportional in Grünland- und Moorregionen. Die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die Wachstumsdynamik des Ökolandbaus müssen ebenso untersucht werden.
- Die Auswirkungen von Maßnahmen zum Moorbodenschutz auf die Boden- und Immobilienpreise wurden bislang ebenso wenig beziffert wie die Kosten notwendiger Veränderungen der Verkehrsinfrastruktur sowie infrastruktureller Anpassungen von Gewerbe- und Industriegebieten.
- Folgenabschätzungen für die öffentliche Verwaltung, etwa mit Blick auf die Notwendigkeit der Durchführung umfangreicher und zeitaufwändiger Flurbereinigungsverfahren, fehlen.
- Schließlich bestehen Wissensdefizite hinsichtlich der möglichen Verlagerung von Treibhausgasemissionen in andere Länder als Folge von Maßnahmen des Moorbodenschutzes in Niedersachsen (sogenannte Leakage-Effekte).

Mehr und mehr setzt sich die Überzeugung durch, dass ein wirksamer, ökonomisch tragfähiger und von den Menschen in den Moorregionen akzeptierbarer Klimaschutz durch Moorbodenschutz nur auf Basis einer umfangreichen Daten- und Wissensgrundlage und entsprechender Politikfolgenabschätzung mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann. Diese Grundlage fehlt bislang weitgehend und muss möglichst zeitnah geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, Forschungsvorhaben zu finanzieren, die unter Berücksichtigung der vorliegenden bzw. zu erwartenden Ergebnisse bereits abgeschlossener sowie laufender Studien klären,

1. an welchen Standorten in Niedersachsen welche Maßnahmen des Moorbodenschutzes aufgrund vorangegangener Maßnahmen der Moorkultivierung sowie der jeweiligen Wasserverfügbarkeit umsetzbar sind,
2. auf welchen Standorten welche Maßnahmen des Moorbodenschutzes aufgrund der jeweiligen Siedlungsstruktur möglich und vertretbar sind,
3. welche Folgen für die Wirtschaft verschiedene Maßnahmen des Moorbodenschutzes auf unterschiedlichen Standorten haben und welche Produktions- und damit Wertschöpfungsalternativen für die Landwirtschaft, die ihr vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen sowie andere betroffene Wirtschaftsbereiche aufgezeigt werden können,
4. ob es mit Blick auf die Treibhausgas-Vermeidung und deren Kosten wirksamere und für die Gesellschaft kostengünstigere Maßnahmen zum Klimaschutz als die Wiedervernässung von Mooren gibt,
5. wie sich die Maßnahmen des Moorbodenschutzes sowie die möglichen Wertschöpfungsalternativen auf den Klimaschutz sowie die Einkommen und die Beschäftigung in den Moorregionen auswirken,
6. wie sich verschiedene Maßnahmen des Moorbodenschutzes auf den Wert von Flächen und Immobilien in den Moorregionen auswirken und inwieweit aufgrund der laufenden Moorbodenschutzdebatte bereits eine Wertveränderung von Flächen und Immobilien in den Moorregionen eingetreten ist,
7. wie hoch die Kosten notwendiger Veränderungen der Verkehrsinfrastruktur sowie der infrastrukturellen Anpassung von Gewerbe- und Industriegebieten sind,
8. welche Kapazitäten bei niedersächsischen Behörden notwendig sind, um Maßnahmen des Klimaschutzes durch Moorbodenschutz beispielsweise durch Flurbereinigungsverfahren vorbereiten und begleiten zu können,
9. ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Leakage-Effekte durch Maßnahmen des Moorbodenschutzes in Niedersachsen drohen und wie sie verhindert werden können,
10. welche Handlungsoptionen/Alternativen es zum bisherigen Betriebszweig für Betriebe und Unternehmen gibt, die durch Wiedervernässung ihre Existenzgrundlage verlieren würden,
11. welche Instrumente ein vielfältig bestückter „Werkzeugkasten“ für den Klimaschutz durch Moorbodenschutz enthalten muss, aus dem unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten, der technischen und siedlungsstrukturell determinierten Umsetzbarkeit sowie des Spannungsverhältnisses zwischen Klimaschutzbeitrag, ökonomischer Nachhaltigkeit und Akzeptanz durch die Menschen in den Moorregionen Maßnahmen ausgewählt werden können.

Begründung

Niedersachsen, in dem 38 % der deutschen Moorregionen liegen und das damit Moorland Nr. 1 ist, kommt eine besondere Bedeutung für den Klimaschutz durch Moorbodenschutz zu. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, müssen möglichst zeitnah die notwendigen Daten- und Wissensgrundlagen geschaffen werden, um einen klimapolitischen Blindflug in den Moorregionen zu verhindern und ein zielgerichtetes Handeln zu ermöglichen, die Planungssicherheit in den betroffenen Regionen zu erhöhen und den dort lebenden Menschen Perspektiven für Wertschöpfung und Einkommen aufzuzeigen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 27.10.2023)